

Alaba, hilf!

■ HUBERT FEICHTLBAUER

Die Bundespräsidentenwahl treibt Österreich in peinliche Posen: Nichts von dem, worüber man streitet, kann ein Staatsoberhaupt ändern. Oder vielleicht doch?

Die Politikverdrossenheit einer immer noch anschwellenden Zahl von Österreichern beiderlei Geschlechts hat Ausmaße angenommen, die selbst bei jenen die Grausbirnen aufsteigen lassen, die nur ihre Finger abschlecken und in den Wind halten, um zu erfahren, woher denn dieser heute weht. So fand auch die „Krone“, man müsse das Volk daran erinnern, dass es in unserem Land immer noch viel Erlebenswertes gibt, und eine Megaschlagzeile verriet: „Heimat, Schnitzel, Alaba.“

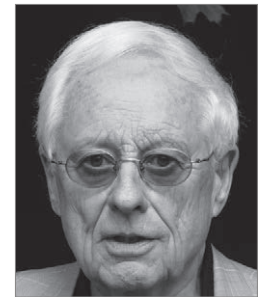
Das Antreten einer großen und bunten Kandidatenschar begünstigt natürlich das Streben nach politischer Profilierung, die angesichts schwindender Unterschiede bei den Programmen ohnehin angesagt ist. Man hat ein wenig davon geträumt, die Parteistrategen würden sich vor einem Wahljahr überlegen, welches Thema aus dem Wahlkampf herausgehalten werden sollte, um gefährliche Simplifikationen zu vermeiden. Es wäre schön gewesen, hätten sich mehrere Parteien für Konsenssuche in der Flüchtlingsfrage entschieden: SPÖ, ÖVP, Grüne, Neos, Stronach-Reste hätten das hinkriegen müssen. Selbst die FPÖ einzubinden, hätte man versuchen sollen – eine solche Allianz hätte uns manche Peinlichkeiten ersparen können: etwa einen Wiener Bürgermeister, der wie ein Sprachrohr des Jahrs der Barmherzigkeit tönte, eine Innenministerin mit Eiszapfen in der Stimme, einen Bundeskanzler, der EU-Spitzen mit ihrer Warnung vor rechtswidrigen Grenzzäunen an die Juristen verwies, „aber geändert wird nichts“.

Dabei wollen sie alle ziemlich das Gleiche: Registrierung aller Asylwerber an

den EU-Außengrenzen, Asyl für Verfolgte, Rückführung bloßer Wirtschaftsmigranten ohne deren Diskriminierung, EU-Mitfinanzierung und laufende Kontrolle der Flüchtlingsunterbringung in Nachbarländern des Krieges. Aber dazu bedürfte es einer starken Führungsautorität in der EU, die auch Waffenlieferungen aus EU-Staaten an Kriegsverbrecher in Syrien stoppen kann. Und die fehlt ebenso wie eine starke Autorität in Österreich, die eine Versachlichung der politischen Debatte bewirken könnte, wie der nun schon Jahrzehnte anhaltende Streit um Pensionsversicherung, Bildungsreform, Pflegegarantie und Energiepolitik beweist. Was leider die Vermutung nährt, dass selbst eine theoretische Einigung auf Heraushalten der Flüchtlingsproblematik aus dem Wahlkampf uns nicht vor Bruch dieses Versprechens bewahrt hätte.

Da könnte sich ein Bewerber oder eine Bewerberin um das höchste Amt im Staat übrigens noch in den letzten Wochen vor der Wahl Aufmerksamkeit, Themenführerschaft und Autorität verschaffen: mit einem umfassenden, nachvollziehbaren, nicht schwarz-weiß malenden, sondern sorgfältig differenzierenden Konzept für eine mutige neue Politik, verbunden mit dem Bekenntnis: Das alles kann ich gemäß Verfassung nicht selbst bewirken, aber ich würde keine Anstrengung scheuen, zur Pflege eines entsprechenden öffentlichen Bewusstseins beizutragen!

Überparteilich an einer Stimmung zu arbeiten, die realistisch, vertragstreu und menschlich ist: Das kann ein Staatsoberhaupt. Da macht auch Herr Alaba mit. ■



Hubert Feichtlbauer, ehemals Chefredakteur des Kurier, der Furche, Vorsitzender der Plattform „Wir sind Kirche“, Mitglied der Missbrauchskommission.